

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/11100
Drucksache 17/11800 (Ergänzung)
Drucksache 17/11850 (Zweite Ergänzung)

Einzelplan 14 - Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Digitalisierung und Innovation

Votum

Der Einzelplan 14 wird im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses unverändert angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) - Drucksache 17/11100 - wurde vom Plenum nach 1. Lesung am 7. Oktober 2020 an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt. Ergänzungen zum Gesetzentwurf über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) wurden mit Drucksache 17/11800 und Drucksache 17/11850 vorgelegt.

B Beratungen

Der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation fallende Einzelplan 14 (Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie) wurde in den Sitzungen am 29. Oktober 2020 und 19. November 2020 beraten. Die Vorlage 17/3969 (Erläuterungsband Einzelplan 07), die Vorlage 17/4062 (Einführungsbericht der Landesregierung) und die Vorlage 17/4194 (die schriftliche Beantwortung von Fragen der Fraktionen an die Landesregierung) flossen in die Beratungen ein.

Die abschließende Beratung und Abstimmung fand in der Sitzung am 19. November 2020 statt.

C Anträge der Fraktionen

Die aus den Anlagen ersichtlichen 2 Änderungsanträge der Fraktion der SPD zu Einzelplan 14 wurden im Fachausschuss in der Sitzung am 19. November 2020 zur Abstimmung gestellt.

Zu den Begründungen der antragstellenden Fraktion sowie den Abstimmungsergebnissen und dem Abstimmungsverhalten der Fraktionen zu den Anträgen im Einzelnen wird auf die Anlagen verwiesen.

Die Änderungsanträge fanden nicht die erforderliche Mehrheit.

D Gesamtabstimmung

Bei der Abstimmung über den Einzelplan 14 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Digitalisierung und Innovation sprach sich der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD für dessen Annahme aus.

René Schneider
stellv. Vorsitzender

Anlagen

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
1	SPD	<p>Kapitel 14 500 Digitales</p> <p>Titel 683 70 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 2.080.000 Euro</td> <td>1.425.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 300.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.380.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die massiven Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Zukunft des Handels konnten im Rahmen der Studie „Handelsszenarien Nordrhein-Westfalen 2030“ nicht berücksichtigt werden. Es ist daher notwendig, eine Folgestudie in Auftrag zu geben.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 2.080.000 Euro	1.425.000 Euro	um 300.000 Euro		auf 2.380.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 2.080.000 Euro	1.425.000 Euro																				
um 300.000 Euro																					
auf 2.380.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
2	SPD	<p>Kapitel 14 730 Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes</p> <p>Titel 683 71 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 12.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.780.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 12.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie ist der Beratungsbedarf für Gründungsvorhaben und Gründungsförderung gestiegen. Um diesem Bedarf gerecht zu werden und das Gründungsgeschehen auch während der Pandemie zu stützen, ist eine Erhöhung der Mittel erforderlich.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 12.000.000 Euro	11.780.000 Euro	um 500.000 Euro		auf 12.500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 12.000.000 Euro	11.780.000 Euro																				
um 500.000 Euro																					
auf 12.500.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				